

«Ich will ein fundamental neues Steuersystem»

Finanzminister Hans-Rudolf Merz will sich für Reformen Zeit nehmen – dafür sollen sie dann radikal ausfallen

INTERVIEW: KATRIN HOLENSTEIN, NIKLAUS RAMSEYER

Basler Zeitung: Herr Bundesrat Merz, Sie sind als Finanzminister mehrfach belastet, haben ein grosses Arbeitspensum und oft auch viel Stress. Fürchten Sie sich nie vor dem Burn-out-Syndrom?

BUNDESRAT HANS-RUDOLF MERZ: Nein. Das Präsidium einer grossen Versicherung, das ich vorher nebst anderen Aufgaben führte, war mindestens so anstrengend. Als Bundesrat haben sie eine andere Art von Belastung, andere Herausforderungen. Zwar habe ich jetzt sicher mehr verschiedene Aufgaben. Aber die grossen strategischen Entscheide, für die ich vorher oft fast allein zuständig und auch verantwortlich war, werden im Bundesrat kollektiv und einvernehmlich gefällt.

Im Bundesrat scheint derzeit allerdings nicht gerade gute Stimmung zu herrschen. Wie ertragen Sie das?

Ich finde die Spannungen im Bundesrat relativ moderat. Wenn ich mit einem Verwaltungsrat vergleiche.

Kracht es da öfter und heftiger?

Aber ganz sicher. Im Verwaltungsrat einer grösseren Unternehmung geht es rauher zu als im Bundesrat. Wohl wird in der momentanen Landesregierung offenbar etwas länger und intensiver diskutiert als früher. Aber ich finde das gut. Und nachher geht man miteinander essen – im persönlichen Einvernehmen. Spannungen gibt es anhand von einzelnen Dossiers und Sachfragen schon. Ich fühle mich jedoch sehr wohl im Bundesrat.

Sie haben aber schon herbe Schlappen wegstecken müssen – beim Nein zum Steuerpaket im Mai etwa. Jetzt droht Ihnen erneut Ungemach durch den heftigen Widerstand der Behinderten gegen Ihre Neugestaltung des Finanzausgleichs, die NFA.

Ich habe ja mit dem Steuerpaket selber meine Mühe gehabt. Im Ständerat hatte ich davor gewarnt, es dermassen zu überladen. Und im Einigungsverfahren sind wir über den Tisch gezogen worden. Ich hatte zurecht gewarnt, wie sich zeigen sollte.

«Der Widerstand der Behindertenorganisationen hat mich in seiner Heftigkeit überrascht.»

Sind Sie etwa gar froh, dass das Paket dann abgelehnt wurde und Sie nun neu gestalten können?

Nein, das schon nicht. Aber unsere Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Und dann ist es halt schief gelaufen. Ich gebe auch gerne zu, dass ich für die NFA jetzt mit mehr Überzeugung kämpfe als im Mai für das Steuerpaket. Die NFA ist eine gute, zukunftsweisende Vorlage.

Das sehen die Behinderten allerdings gar nicht so. Haben Sie ihren Widerstand unterschätzt?

Der Widerstand kommt mehr von den Behindertenorganisationen als von den Behinderten. Die Behinderten selber sehen schon, was abgeht. Ich habe ja mit vielen darüber geredet. Und die Behindertenorganisationen sehen die NFA einfach falsch.

Warum denn das?

Zunächst muss ich festhalten, dass die NFA rein gar nichts mit den Invalidenrenten zu tun hat. Für die individuellen Leistungen an die Behinderten ist und bleibt die IV zuständig, und deren Defizite trägt der Bund weiterhin. Da ändert sich gar nichts.

Was ändert sich denn für Behinderte? Dasselbe, was sich schon für die alten Leute vor fünfzehn Jahren geändert hat. Für die Altenbetreuung sind seither die Kantone zuständig. Und es läuft bestens. Ähnlich wird es nach dem Ja zur NFA auch für die Behinderten sein. In den Kantonen weiss man besser, wo und wie sie untergebracht werden können. Wohnort und Arbeitsort der Behinderten ändern sich nicht. Dennoch nehme ich die Bedenken sehr ernst.

Aber die Behinderten trauen offenbar Ihren Zusicherungen nicht so recht.



Keine Harmonisierung. Einen Ausgleich des Steuergelbes zwischen den Kantonen hielte Finanzminister Hans-Rudolf Merz für «falsch und gefährlich». Fotos Annette Boutellier

Ein Teil von ihnen. Aber auch das hat mich sehr überrascht, weil wir ja doch ein Gesetz gemacht haben, das vorschreibt, wie jeder Kanton sein Konzept für die Behindertenunterbringung und -betreuung machen muss, wie er die Finanzierung sicherstellt.

Aber das Gesetz ist ja noch nicht da. Es kann in den Räten arg zerzaust werden.

Ja gut. Aber das Behindertengesetz ist in den Räten auch nicht zerzaust worden. Ich habe also keinerlei Bedenken, dass der Gesetzesentwurf verwässert werden könnte. Und im Gesetz sind auch jene kantonalen Fachorgane vorgeschrieben, in denen die Behinderten stark vertreten sein werden. Ich kann darum die Bedenken der Behinderten – oder vielmehr ihrer Organisationen – nicht teilen. Er hat mich in seiner Heftigkeit doch etwas überrascht.

Und der Widerstand der so genannten «Geberkantone» wie Zug oder Zürich, die mehr Geld in den Ausgleich geben müssen und schon mit Steuererhöhungen drohen?

Ich rechne schon mit ihrem Widerstand. Und ich verstehe gut, dass sie nicht Hurra rufen. Ihre Beitragsleistungen nehmen angesichts der wachsenden Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen allerdings jetzt schon laufend zu. Die NFA bringt ihnen mit der Plafonierung nach oben neu sogar gewisse Garantien. Und Steuererhöhungen sind nur eine von mehreren Möglichkeiten, wie sie auf die NFA reagieren können. Zudem muss ich gerade etwa im Fall von Zürich hervorheben, dass vom Bund jedes Jahr eine Milliarde in die ETH fliesst, die in Zürich steht. Der Bund – zusammen mit SBB und Post –



Fühlt sich fit. FDP-Politiker Merz hat keine Angst vor dem Burn-out.

kauft zudem im Kanton Zürich pro Jahr für 1,3 Milliarden Güter ein. Zürich profitiert also auch ganz wesentlich vom Bund. Von den fast zwei Milliarden, welche der Bund solidarisch für die Swissair und für eine neue nationale Airline und damit von Tausenden von Arbeitsplätzen in Zürich aufgeworfen hat, könnte ich auch noch reden. Das war auch Solidarität.

Sollte das Volk dennoch Nein sagen, kommt dann gleich wieder die Debatte um eine materielle Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen. Was wäre daran so schlecht?

Das wäre innerhalb einer gewissen Bandbreite politisch tatsächlich möglich. Ich halte es aber für falsch und gefährlich. Einer der Erfolgsfaktoren unseres Landes ist nämlich der Steuerwettbewerb. Zug und der Jura haben nun einfach andere Voraussetzungen. Eine Steuerharmonisierung würde zu einer Nivellierung nach oben führen.

Wo bleibt denn die Steuergerechtigkeit, wenn Bewohner abgelegener Juratäler dreimal mehr Steuern zahlen müssen als Leute in Zug, die erst noch von einer gut ausgebauten Infrastruktur profitieren können?

Steuergerechtigkeit ist durchaus ein Thema. Jedoch eher bei den Unterschieden zwischen Ehe- und Konkubinatspaaren, die wir jetzt beheben wollen und auch müssen. Den Jurassiers würde ich hingegen raten, sich nicht mit Zug zu vergleichen, sondern mal mit Besançon. Die Regionen der Schweiz stehen halt in einer gewissen Konkurrenzsituation – auch das ist Teil unseres Föderalismus.

Die NFA will die interkantonale Zusammenarbeit in den Regionen verstärken. Wird das funktionieren?

Ich denke schon. Es gibt jetzt schon viel Zusammenarbeit – sei es beim Strafvollzug, bei Kantonstierärzten oder bei kantonalen Labors. Neu soll sich das in der Spitzenmedizin, in der Ausbildung und der Kultur vermehrt etablieren. Da müssen Kantone im Rahmen ihrer Souveränität vermehrt gemeinsame Lösungen suchen. Der Kanton Zürich etwa hat rundum gewisse Trittbrettfahrer, die von seinen Zentrumsleistungen profitieren.

Sie flicken nach dem Nein des Volkes zum Steuerpaket nun weiterhin am Steuersystem herum. Das Ganze wird so immer komplizierter; es ist wie ein Flickenteppich mit vielen Schlupflöchern. Warum bringen Sie nicht ein völlig neues, einfacheres und erst noch gerechteres System? Das wäre

doch eine schöne Herausforderung für einen Finanzminister.

Das ist es schon. Und wir sind ja dran. Der Bundesrat hat die ersten Schritte hin zu einer umfassenden Reform bereits gutgeheissen.

Worum geht es da genau?

Es geht erstens um die Unternehmenssteuer-Reform, die wir nach dem Nein zum Steuerpaket neu angehen müssen. Zweitens haben wir das Thema Besteuerung der natürlichen Personen und dabei ganz konkret die Ausmerzungen der Ungerechtigkeit bei der Ehepaarbesteuerung in Arbeit, wie sie das Bundesgericht verlangt. Die unbefriedigende Situation bei der Familien- und Kinderbesteuerung steht auch an. Wir müssen hier einen neuen Ansatz

«Ich prüfe die negative Einkommenssteuer. Dreissig Prozent der Leute sind ja gar nicht steuerpflichtig.»

finden. Ich werde dem Bundesrat demnächst einen Bericht zur Individualbesteuerung vorlegen. Gleichzeitig prüfen wir auch das Modell der negativen Einkommenssteuer. In beiden Fällen aber ist der Zeitbedarf gross. Es braucht wissenschaftliche Grundlagen, dann folgt die Vernehmlassung, die Verfassung der Botschaft, die Diskussion im Parlament. Das dauert mehrere Jahre.

Sind Sofortmassnahmen keine Möglichkeit?

Natürlich stellt sich die Frage, ob man einzelne Teile vorziehen sollte – einen Zweitverdienerabzug etwa, ein Splitting-Modell oder Kinderabzüge. Nur: Präjudizieren wir damit nicht einen Systemwechsel, bevor die grundsätzlichen Fragen geklärt sind? Etwa 30% der Leute zahlen gar keine Steuern – wie sollen sie von Kinderabzügen profitieren? Wo es nichts zu versteuern gibt, kann man auch nichts abziehen. Da ist die Idee von besseren Kinderzulagen die bessere Lösung. Aber das hat mit den Steuern nichts zu tun. Ich bin wirklich entschlossen, ein fundamental neues, vereinfachtes, wegleitendes System zu schaffen, mit dem wir in Europa wieder führend sein werden.

Man wird aber den Eindruck nicht los, dass es bei der hierzulande vergleichsweise tiefen Unternehmensbesteuerung we-

sentlich rascher vorwärts geht als bei der Familienbesteuerung, von der viel mehr Menschen im Land betroffen sind.

Ich verstehe Ihre Ungeduld. Aber bei der Unternehmensbesteuerung sind drei Varianten bereits durch die Vernehmlassung gegangen. Bei der Familienbesteuerung dagegen weiss ich effektiv noch kein Patentrezept. Ich möchte hier wirklich mit fundamentalen Reformen aufwarten und mir dazu auch die nötige Zeit nehmen.

Wie lange wird das dauern?

Auch wenn wir uns im nächsten Jahr auf ein System einigen – vier Jahre dauert es danach bestimmt. Und ich möchte dieses Mal alle im Boot haben. Ein zweites Grounding bei einer Steuerreform möchte ich nicht erleben. Das ist meine Herausforderung in der nächsten Zeit – neben dem laufenden Entlastungsprogramm 04.

Diese Sparprogramme des Bundesrats kontrastieren mit Luxusprojekten wie der neuen Botschafter-Residenz in Washington, die über zehn Millionen Franken kostet. Hauen Sie als Finanzminister nie auf den Tisch, wenn sie solchen Unfug sehen?

Das würde ich schon. Doch viele Projekte sind im Bau, da kann ich nichts mehr unternehmen. Ich frage mich auch, ob wir hier für das Finanzdepartement einen renovierten Bernerhof für 40 Millionen Franken brauchen. Der Bernerhof wird im nächsten Frühling bezogen. Sie werden sich beklagen, und ich auch, aber dann steht er. Künftig werden wir uns häufiger fragen müssen, was man anders und günstiger machen könnte.

Luxusprojekte wird es unter Finanzminister Merz also nicht mehr geben?

Das kann ich Ihnen nicht versprechen. Aber ich werde es anstreben. Und ich glaube auch, durch alle Parteien hindurch hat man mittlerweile gemerkt, dass wir uns nur Wünschbares nicht mehr leisten können.

ANZEIGE

TOTAL-LIQUIDATION
Sonderposten
GABBEH
aus Indien zu extrem günstigen Preisen:
Fr. 45.-- pro m2
Freilager Dreispitz, Münchenstein
Eingang Tor 13, 2. Stock
Verkauf: Do. u Fr: 10-18h, Sa: 10-16h
AMSF AG 061/331 41 35